

## MITTEILUNG

### **Wo steht die deutsche historische Osteuropaforschung heute? Kolloquium des Verbandes der Osteuropahistoriker Deutschlands und des Herder-Instituts, Marburg 27.–28. Februar 1999**

Das zweitägige Kolloquium sollte laut Ankündigung der Veranstalter eine „Standortbestimmung der osteuropäischen Geschichte im internationalen Vergleich“ unternehmen. Den tatsächlichen Anstoß zu der Veranstaltung gaben jedoch Konflikte im Verband der Osteuropahistoriker, die zunächst über E-mail-Listen und seit Sommer 1998 in der Zeitschrift „Osteuropa“ ausgetragen wurden und in denen es neben Auseinandersetzungen zwischen den Generationen auch um disziplinäre, methodische und inhaltliche Fragen ging, die nur benannt werden können: Ist die Subdisziplin „osteuropäische Geschichte“ angesichts der sehr unterschiedlichen Entwicklung in den ehemaligen Ostblockstaaten weiter sachlich gerechtfertigt? Wie soll gegebenenfalls eine die Forschungskapazitäten ausbalancierende Gewichtung zwischen den Großregionen Nordost-, Ostmittel-, Südosteuropa und Rußland aussehen? Hat die deutsche Forschung zu Rußland und zur Sowjetunion den Anschluß an die internationale Forschung verloren?

Die tieferen Ursachen der Auseinandersetzungen sind auch in einem Paradigmenwechsel der deutschen historischen Osteuropaforschung zu suchen, die bis 1989 eine von deutschen Wissenschaftlern am heimischen Schreibtisch geführte Auseinandersetzung mit den sozialistisch überformten Nationalgeschichten des östlichen Europa darstellte. Es überwogen Synthesen, die den Informations- und Abgrenzungsbedarf in Westdeutschland befriedigen und ein nicht verzerrtes Bild der Geschichte zeichnen sollten, weiterhin Forschungsberichte sowie landeskundliche und beziehungsgeschichtliche Studien auf Basis der deutschen Aktenbestände. Die Existenz der Subdisziplin war durch den Bedarf an Information über den potentiellen Feind im Osten (daher die Konzentration auf Sowjetforschung) gesichert, eine gewisse Öffentlichkeitsrelevanz wurde durch die periodischen Krisen in Osteuropa und den Bedarf an kompetentem Kommentar gesichert. Nach 1989 war alles anders: Die Großregion Osteuropa differenzierte sich aus, das Interesse von Politik und Öffentlichkeit ließ nach, die Subdisziplin geriet unter Druck (Warum gibt es

in Deutschland mehr Professuren für osteuropäische als für außereuropäische Geschichte?), und in einer sich normalisierenden Situation gewannen wissenschaftliche Qualitätskriterien (Quellenkenntnis, internationaler Forschungsstand) an Schärfe. Jüngere Wissenschaftler wagten in dieser Situation den Übergang zu quellengesättigten Detailstudien, gerieten jedoch damit oft unter die Räder, da sie formale Kriterien (Altersgrenzen) nicht erfüllten und die Anbindung an den deutschen Wissenschaftsbetrieb verloren.

Das Kolloquium wurde von den Veranstaltern in fünf Sektionen eingeteilt, die mit „Religion und Ideologien“, „Interethnische Beziehungen und Geschlechtergeschichte“ (sic!), „Zur Dynamik nationaler Bewegungen in Osteuropa“, „Außenpolitik und ihre Konzeption“ und „Stadt und Urbanität“ überschrieben waren. Innerhalb dieser Sektionen wurden 23 Themen, zumeist Habilitationsprojekte, vorgestellt. Leider erwies sich die Einteilung in Sektionen sehr rasch als wenig sinnvoll, da 1) diese – wie bereits an den Titeln erkenntlich – äußerst heterogene Themen zusammenfaßten, 2) von den Sektionsleitern kaum Versuche gemacht wurden, die Themen zusammenzuführen, und 3) auch die Referenten nur selten ihr Thema am Zusammenhang der jeweiligen Sektion ausrichteten. Es ist im Rahmen dieses Berichts nicht möglich und wenig sinnvoll, 23 individuelle Projekte vorzustellen. Es werden deshalb einige Projekte herausgegriffen, die dem Berichterstatter besonders interessant und methodisch weiterführend erscheinen und die teilweise die Region Nordost- und Ostmitteleuropa betreffen. In einem zweiten Schritt werden im Anschluß an die Diskussionen allgemeine Überlegungen zum Stand der deutschen historischen Osteuropaforschung vorgestellt.

Die erste Sektion wurde stark von Martin Schulze Wessels (Halle) Überlegungen zu „Perspektiven moderner Religionsgeschichte in Osteuropa“ geprägt. Schulze Wessel merkte zunächst an, es gebe einen generellen Kompetenzverlust des Faches im Bereich Religionsgeschichte, da im Unterschied zur älteren Forschung kaum tiefere theologische Kenntnisse verfügbar seien. Religionsgeschichte erscheine so vielfach als reine Säkularisierungs- und Transformationsgeschichte ohne eigenen paradigmatischen Wert. Dagegen benannte Schulze Wessel sechs Arbeitsfelder moderner Religionsgeschichte in Osteuropa: 1) die Erforschung der Berufsgruppe Kleriker in ihren jeweiligen Verbindungen zu den Eliten, 2) die Erforschung der Volksreligiosität, 3) das Verhältnis von Religion und Geschlecht, wobei sich insbesondere die Frage nach der Feminisierung der Religiosität im 19. Jahrhundert stelle, 4) die Ausbildung und Funktion von religiösen Milieus, 5) die Analyse des Verhältnisses von politischen und religiösen Bewegungen unter der Fragestellung, inwieweit

Religion politischen Wandel konzeptualisiere, sowie 6) das Verhältnis von Religion und Nation. Methodisch verwies Schulze Wessel auf die Ergebnisse der französischen Religionssoziologie. Grundsätzlich herrschte in der Diskussion Einigkeit, daß die moderne Religionsgeschichte ein wichtiger Bestandteil historischer Osteuropaforschung sein müsse, Schwierigkeiten wurden jedoch z.B. für die Erforschung der russischen Frömmigkeit in der geringen Quellenüberlieferung gesehen.

In zwei Projekten wurden die Chancen einer Verknüpfung von Geschlechter- und Gesellschaftsgeschichte sichtbar: Sophia Kemlein (Warschau) bilanzierte die Defizite von deutschen Forschungen zur Frauen- und Geschlechtergeschichte in Osteuropa und stellte ihren Ansatz zur Erforschung der Geschlechterverhältnisse im polnischen Adel des 18. Jahrhunderts vor. Susanne Conze (Bielefeld) stellte die Ergebnisse ihrer Studie zu Arbeiterinnen im Stalinismus vor; auch im stalinistischen Industriebetrieb sei der Arbeitsalltag von Männern und Frauen unterschiedlich strukturiert gewesen. Frauen seien vor allem mit repetitiven Tätigkeiten beschäftigt gewesen, industrielle Karrieren von Frauen im Zweiten Weltkrieg habe es kaum gegeben, da eine Modernisierung und Konversion erst nach 1945 stattgefunden habe, wodurch die erworbenen Kenntnisse der Frauen rasch wieder entwertet worden seien.

Nationale Bewegungen sind ein klassisches Thema historischer Osteuropaforschung, durch das die Subdisziplin wissenschaftsgeschichtlich zeitweise auf die gesamte historische Forschung rückwirkte. Auf diesem Felde bestehen jedoch noch erhebliche Defizite. Auf ein solches Defizit zielt Mathias Niendorfs (Warschau) Ansatz ab: Zwar nehmen die mediävistische Nations-Forschung und die moderne Nationalismusforschung zuletzt stärker aufeinander Bezug, doch ist unklar, welchen Beitrag die frühe Neuzeit zur Nationsbildung leistete. Niendorf untersucht dies am Beispiel des Großfürstentum Litauens zwischen Lubliner Union (1569) und den Teilungen Polens, einem multikonfessionellen und -nationalen Gebilde. Solch ein Fallbeispiel einer gescheiterten und nicht geradlinigen Nationsbildung kann erheblich zu unserem Verständnis von Nationsbildung beitragen. Die Frage nach dem Standort der modernen Nationalismusforschung zu Osteuropa stellte Joachim von Puttkamer (Freiburg). Felder der Entstehung eines modernen Nationalismus wie die Stereotypenforschung und die politischen Nationalbewegungen seien bearbeitet, es fehle jedoch an einer kulturgeschichtlich vertieften Nationalismusforschung. Zwei Einzelstudien zum südslawischen Raum zeigten Perspektiven der Nationalismusforschung: Konrad Clewing (München) beschrieb die komplizierten Nationsbildungsprozesse in Dalmatien 1814–1849, während Aleksandar Jakir (Jena) die Anlage eines Projekts zu „Sozialistischer

Betrieb und nationale Ideologie in Jugoslawien 1953–1980“ vorstellte. Dieses Projekt ist gleichzeitig ein Hinweis dafür, daß die historische Osteuropaforschung weiterhin aktuelle Probleme aufgreift, wobei jedoch das Bewußtsein für die Probleme einer engen Verbindung von politischem Interesse und wissenschaftlicher Forschung wohl so deutlich wie nie zuvor gesehen wird.

In der Sektion „Außenpolitik“ argumentierte Donal O’Sullivan (Eichstätt) mit der neuen Quellensituation für die osteuropäische Politik und Diplomatiegeschichte nach 1945, die neue Quelleneditionen und eine Überprüfung bisheriger diplomatiegeschichtlicher Arbeiten erforderlich mache. Erst eine erneuerte Diplomatiegeschichte könne eine wissenschaftliche Analyse der Entscheidungsmechanismen in Osteuropa leisten, da die bisherigen Arbeiten vielfach auf die Auswertung von Presse und Publizistik beschränkt seien.

Ralph Tuchtenhagen (Heidelberg) skizzierte die Konzeption einer nordosteuropäischen Geschichtsregion, die nach 1945 weitgehend aus dem Bewußtsein verdrängt worden sei. Die Region sei nicht mit dem Ostseeraum identisch, da sie auch größere binnenländische Gebiete umfasse und durch das „Land“ als Strukturprinzip geprägt sei. Historisch könne man sechs Abschnitte unterscheiden: 1) 800–1200 eine äußere Überformung im Zusammenwirken von Kirche, Kaufmannschaft und Zentralherrschaft, 2) 1200–1550 eine Epoche des nordosteuropäischen Korporativismus, 3) 1550–1700 werde die Region als Teil des Nordens in den schwedischen Stützpunktkolonialismus integriert und durch die Reformation geprägt, 4) 1700–1917 werde die Region als Teil des Ostens Rußland zugeschlagen; die „Ruhe des Nordens“ münde in eine Russifizierungspolitik, die mit den baltischen Nationalbewegungen zusammenstoße. Auf eine 5) Periode der Eigenstaatlichkeit 1917–1940 folge schließlich 6) 1940–1990 eine Phase der Sowjetisierung bzw. „Finnlandisierung“. Prägend für die politische Entwicklung der Region seien schließlich Zentrum-Peripherie-Beziehungen: Nordosteuropa sei als Peripherie traditionell von außen geprägt worden. Eine historische Erforschung der Großregion könne heute nur interdisziplinär erfolgen und erfordere die Beteiligung von Spezialisten für die Sprachen und Kulturen der einzelnen Länder.

Insgesamt war unter den 23 Beiträgen vor allem ein Mangel auffällig: Keiner der Beiträge behandelte ein mediävistisches Thema, die Osteuropamedievistik ist zur Zeit nur an wenigen Universitäten in Deutschland vertreten, wissenschaftliche Impulse scheinen hiervon zur Zeit nicht auszugehen. Dieser Mangel ist zwar bekannt, erstaunlich jedoch, daß diese Lücke nicht geschlossen wird.

Kritisch soll weiterhin angemerkt werden, daß die Diskussion streckenweise von der Dominanz amerikanischer Vorbilder geprägt wurde: Wiederholt wurde – insbesondere aus den Reihen der Sowjethistoriker – gefragt, was man denn besser als die amerikanische Forschung machen, kaum jedoch, was man besser als die russischen, polnischen, tschechischen Historiker machen könne. Noch einmal nachzufragen wäre, ob es denn wirklich keine mit Gewinn integrierbaren Konzepte aus Osteuropa selbst gibt. Hier scheinen noch Fixierungen aus der zeithistorischen Forschung vor 1990 nachzuwirken, zumal die internen osteuropäischen Debatten in Deutschland oft nicht zur Kenntnis genommen werden. Es kann jedenfalls der Subdisziplin nicht zum Nutzen gereichen, wenn sie sich auf in Westeuropa geführte Debatten konzentriert und ihre Vermittlungsfunktion in die andere Richtung nicht ernst nimmt.

Nicht problematisiert wurde, daß zur Zeit der Trend in der Teildisziplin in Richtung von methodisch innovativen Fallstudien geht, während andererseits ein Bedarf an Synthesen, Handbüchern und Quelleneditionen besteht. Dies lag sicher in der Natur der Tagung, dennoch besteht die Gefahr einer unnötigen Verengung historischer Publikationen, da Synthesen ein breiteres Publikum erreichen, während Handbücher eine spezifische – und von der ausländischen Forschung anerkannte – Domäne der deutschsprachigen Forschung und Quelleneditionen für Lehre und Forschung unentbehrlich sind. Auch eine methodisch innovative Fallstudie kann nicht den Rahmen einer Geschichte aus der Außensicht sprengen, wo manche anerkannten Arbeitsmethoden der Fachwissenschaft, z.B. oral history, kaum anwendbar sind und die Wissenschaftler im Lande allemal eine genauere Quellen- und Ortskenntnis besitzen.

Von den meisten Teilnehmern gefordert wurde eine stärkere Integration der Subdisziplin osteuropäische Geschichte in die allgemeine Geschichte (z.B. durch Veröffentlichungen in allgemeinhistorischen Zeitschriften). Eine weitere Antwort auf die – teilweise selbstgewählte? – Isolation des Faches kann in der Verbindung von allgemeinhistorischen Teildisziplinen und Osteuropaforschung liegen, wie dies Ute Caumanns für die Medizingeschichte und Wim van Meurs für Wissenschaftsgeschichte und Ethnographie zeigten. Allgemein gefordert wurde eine verstärkte disziplinäre Reflexion über den der Osteuropaforschung zugrundeliegenden Raumbegriff und einzelne Teilregionen.

Leider wurden die einzelnen Fachbeiträge jedoch nur selten auf das Tagungsthema rückbezogen, obwohl dies in vielen Fällen durchaus möglich gewesen wäre. Die Teilnehmer erhielten so wohl einen Eindruck über die aktuelle Forschungslandschaft in Deutschland, jedoch keine Antwort auf zentrale Fragen nach der Zukunft der Disziplin und Perspektiven einer

Neuorientierung. Aus den Beiträgen der führenden Fach- und Verbandsvertreter kristallisierte sich eher der Eindruck einer weiterhin bestehenden Selbstzufriedenheit heraus, wobei Fragen nach der institutionellen Einbindung des Fachs an den Universitäten und der allgemeinen Einbindung in den wissenschaftlichen Dialog auf die subjektiven Befindlichkeiten der einzelnen Fachvertreter reduziert wurden. Zu hoffen ist, daß die kritische Selbstreflexion im Fach dennoch weitergeführt wird.

Hans-Jürgen Bömelburg, Warschau